

PKK-Gefangene von Kiriklar im Hungerstreik:

Die Regelverstöße sind unerträglich geworden

İZMİR (DİHA) – Die PKK-Insassen im F-Typ Gefängnis von Kiriklar haben über ihre Anwälte verlautbaren lassen, dass die Regelverstöße im Gefängnis gegenüber politischen Häftlingen ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben und die demokratische Öffentlichkeit dazu aufgerufen, mögliche Entwicklungen genau zu verfolgen. In ihrer Erklärung gaben die PKKler an, dass sie aufgrund der Haftbedingungen, und um sich mit dem Widerstand der kurdischen Bevölke-

rung zu vereinigen, mittlerweile seit 15 Tagen in einen Hungerstreik getreten sind.

„Die Zellen der Insassen werden täglich durch die Sicherheitskräfte gestürmt und durchsucht. Außerdem werden die neuinhaftierten politischen Gefangenen gezielt von den anderen politischen Gefangenen getrennt, um ihren Willen brechen zu können“, so in der Verlautbarung. Die Gefangenen gaben weiter an, dass das Recht auf Kontakt unterhalb der Insassen behindert wird. Auf Petitionen an das

Justizministerium habe die Gefängnisleitung mit Disziplinarstrafen geantwortet. Auch auf die Ankündigung und Durchführung des Hungerstreikes habe man mit Disziplinarstrafen geantwortet. Die PKK-Insassen gaben allerdings an, ihren Widerstand fortzuführen. Die Verantwortung gegenüber allen möglichen negativen Entwicklungen und Handlungen gegen die Insassen trage die Gefängnisleitung.

DİHA, 21.5., ISKU

Regierungspartei will absolute Mehrheit bei Juni-Wahlen mit allen Mitteln

Bei den Parlamentswahlen am 12. Juni hofft der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auf eine absolute Mehrheit für seine seit 2002 allein regierende, islamisch-konservativ ausgerichtete AKP. Mit einer solchen verfassungsändernden Mehrheit könnte Erdogan sein Lieblingsprojekt eines autoritären Präsidialsystems umsetzen. Während Erdogan im Wahlkampf Reizthemen wie das Kopftuchverbot meidet, wirbt der offenbar an Cäsarenwahn leidende Ministerpräsident mit Projekten wie dem Neubau einer erdbebensicheren Millionenstadt neben Istanbul und eines »zweiten Bosphorus« zur Entlastung der Meerengen. Zusätzliche Wählerstimmen hofft die AKP mit einer strikt nationalistischen Rhetorik vor allem im rechtsnationalistischen Spektrum zu gewinnen.

Auch schmutzige Methoden werden angewandt, um die hier als Konkurrenz begriffene faschistische MHP unter die Zehnprozentwahlhürde zu drücken. So tauchten im Internet mit geheimdienstlichen Mitteln angefertigte Videomitschnitte verheirateter »Grauer Wölfe« bei Treffen mit jungen Frauen im Schlafzimmer auf. Erdogan wies aber eine Verantwortung der AKP an den Filmen zwar zurück, erklärte aber, Ehebruch sei in einem Land mit 99 Prozent Muslimen keine Privat-

angelegenheit. Zehn MHP-Führer sind bislang aufgrund der Filme von ihren Ämtern zurückgetreten.

Die unter ihrem Vorsitzenden Kemal Kilicdaroglu wieder stärker sozialdemokratisch ausgerichtete kemalistische Hauptoppositionspartei CHP umwirbt neben ihren traditionell laizistischen Hochburgen an der Ägäisküste insbesondere die religiöse Minderheit der Aleviten in Kilicdaroglus Heimatprovinz Tunceli (Dersim), die eine weitere Islamisierung des Lands unter der AKP befürchten. Bei seiner Wahlkampftour durch die kurdischen Landesteile hat sich Kilicdaroglu die Forderung kurdischer Verbände nach kommunaler Selbstverwaltung, der Senkung der Zehnprozentwahlhürde sowie der Einrichtung einer Wahrheitskommission zu eigen gemacht. Erdogan wirft der CHP, die in den kurdischen Landesteilen über kaum eine Basis verfügt, daher vor, sich mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK gegen die AKP verschworen zu haben.

Konnte Erdogan aufgrund scheinbarer Gegnerschaft zum Militär vor vier Jahren noch eine Mehrheit der Wähler in den kurdischen Landesteilen für sich gewinnen, so wurde ihm hier in den letzten Tagen ein kühler Empfang bereitet. Viele Läden blieben aus Protest gegen seinen Besuch geschlossen. In der

Hochburg der kurdischen Befreiungsbewegung Hakkari fanden sich nur knapp tausend Anhänger Erdogans, vor allem vom Staat bezahlte Dorfschützer, zur Kundgebung ein. Dem Ministerpräsidenten wurde von vielen Kurden nicht verziehen, dass er mit Blick auf die umworbene türkischen Nationalisten erklärte hatte: »Es gibt kein kurdisches Problem mehr, sondern nur Probleme kurdischer Bürger.«

Um die Zehnprozenthürde zu umgehen, hat die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie BDP mit 18 kleineren kurdischen und sozialistischen Parteien einen »Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit« gebildet, der landesweit 60 Direktkandidaten unterstützt. Der Linksblock tritt für eine Lösung der kurdischen Frage durch »demokratische Autonomie«, für Arbeiterrechte sowie eine neue freiheitliche Verfassung ein. In den kurdischen Landesteilen findet der Wahlkampf unter Bürgerkriegsbedingungen statt. Fast täglich greift die Polizei BDP-Kundgebungen mit Gasgranaten an. Rund 3000 BDP-Aktivist*innen wurden in den letzten zwei Monaten festgenommen. Bei landesweiten Razzien wurden zudem am Dienstag 53 Studenten verhaftet, denen eine PKK-Mitgliedschaft vorgeworfen wird.

jW, 26.5.

Meldungen:

Zana: Die Freiheit des kurdischen Volkes ist sehr nah

Die Kandidatin des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit von Amed, Leyla Zana antwortete auf die Frage einer 65-Jährigen: „Werden wir die Freiheit des kurdischen Volkes noch sehen?“ mit den Worten: „Die Freiheit des kurdischen Volkes ist sehr nah. Ich und du werden sie noch erleben.“

Leyla Zana war im Rahmen der Arbeiten für die Wahlen in der Region Bismil und Amed zu Besuch und wurde dort von allen Dorfbewohnern begrüßt. Sie redete mit den Frauen der Dörfer und forderte sie zur Unterstützung auf. Zana erklärte, die KurdInnen sollten den Lügen der Parteien des Systems nicht glauben: „Die KurdInnen haben immer die Parteien des Systems unterstützt, von diesen sind sie immer verraten worden.“ Zana erklärte, dass die KurdInnen die nationale Einheit stützen müssten.

Im Dorf Dewreşi redete Zana mit den Kindern. Diese riefen die Parole "Biji Serok Apo" und sagten zu Zana: „Wir sind mit Öcalan wiedergeboren und haben uns durch Öcalan kennengelernt. Wenn es Öcalan nicht gebe, gebe es uns auch nicht. Wir sind Apoci.“

Später besuchte Zana das Dorf Perişan, in dem überwiegend Dorfschützer leben. Auch dort wurde sie begrüßt und beklatscht und unter Parolen und Trillern begleitet.

ANF, 25.5., ISKU

National Konferenz im August

Eine Delegation des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft, DTK, hat sich mit dem Präsidenten der Kurdischen Föderation, Mesut Barzani getroffen. Das Treffen endete mit der Übereinkunft, eine nationale kurdische Konferenz im nächsten August zu organisieren. Die Idee ist nicht neu, schon im letzten Jahr gab es Pläne dafür, die dann aber zurückgenommen wurden. Nun wurde entschieden, eine Arbeitskommission zur Vorbereitung zu gründen. Morgen wird sich die DTK-Delegation mit dem Präsidenten des kurdischen Parlaments, Kemal Kerkükü treffen und dann in die Türkei zurückkehren. Die Delegation reiste in die Kurdische Föderale Region, wie die außerordentliche Versammlung des DTK letzte Woche entschieden hatte. Die Themen waren die aktuelle Situation in

Frankfurt: 22. Juni Innenministerkonferenz

Edi Bese! Es Reicht! –

Keine Kriminalisierung der kurdischen Bewegung!

Aufruf zur Demonstration des "IMK auflösen!" Bündnis. Die Demonstration wird am 22.06.2011, 18:00, Hauptwache in Frankfurt am Main stattfinden.

Am 22. Juni diesen Jahres ist es wieder soweit: Die Innenminister der Bundesländer treffen sich in Frankfurt, um über ihre aktuelle Politik und illustre Themen wie „innere Sicherheit“ oder „Migrationskontrolle“ zu diskutieren. Die Folgen davon kennen wir alle aus unserem (politischen) Alltag: flächendeckende Kameraüberwachung, Abschiebungen von Migrantinnen und Migranten, Vorratsdatenspeicherung und 129a Verfahren sind nur einige Schlaglichter der Politik der Innenminister.

Im Zuge dieser Politik ist es auch die kurdische Befreiungsbewegung, die mit Repressalien überzogen wird. Ob PKK-Verbot, Auslieferungen an die Türkei, Extremismuskonzepte – die Grundsteine dafür werden auf

der Innenministerkonferenz gelegt.

Es kann kaum wundern, dass vor allem Deutschland so rigide gegen die kurdische Bewegung vorgeht. Die BRD ist seit jeher in enger Partnerschaft mit dem türkischen Staat und lieferte schon in den 80er Jahren kurdische und türkische Linke aus, die vor dem türkischen Staatsterror geflüchtet waren. Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Partnerschaft in den 90ern mit dem PKK-Verbot, bei dem über Nacht tausende von KurdInnen kriminalisiert wurden und eine ganze Reihe von 129a Verfahren gegen kurdische AktivistInnen eröffnet wurden. So sitzen in deutschen Gefängnissen heute mehr türkische und kurdische GenossInnen als deutsche. Ein weiteres Beispiel für die repressive Politik der BRD: 1994 wurde der kurdische Jugendliche Halim Dener beim Plakatieren in Hannover von der Polizei in den Rücken geschossen und starb. Der Täter wurde im Nachhinein von der Justiz freigespro-

chen. Seit jeher liefert Deutschland überdies Tonnen von Waffen und Kriegsmaterial in die Türkei, mit dem aktiv die kurdische Bevölkerung bekämpft wird.

Das alles ist für uns Grund genug den Innenministern eine eindeutige Absage zu erteilen und eine sofortige Aufhebung des PKK-Verbots, sowie die Abschaffung des Paragraphen 129a & b zu fordern. Dabei kann unser Kampf jedoch nicht stoppen. Eine Befreiung von kapitalistischem Wahnsinn und staatlichen Zwängen ist nur mit einer revolutionär kommunistischen Perspektive denkbar, die nicht auf die falschen Versprechungen der herrschenden Verhältnisse reinfällt.

Keine Kriminalisierung der kurdischen Bewegung!

Weg mit 129a & b!
Weg mit dem PKK Verbot!
IMK auflösen!

linke & kurdische Gruppen FFM

Berliner Polizei als Modeberater: Bauerntracht oder Uniform?

Die Berliner Polizei ist offenbar nicht in der Lage, ein traditionelles kurdisches Gewand von einer Guerillauniform zu unterscheiden.

Mehrere Hundert Anhänger des Kurdischen Volksrates Berlin, türkische Kommunisten, der Linkspartei und antifaschistischer Gruppen hatten sich am 21. Mai in Berlin-Neukölln versammelt, um gegen die kolonialfaschistischen Massaker der türkischen AKP-Regierung zu demonstrieren.

Nach der Denunziation eines offenbar türkischstämmigen

Polizeibeamten zwang der Staatsschutz den Moderator der Auftaktkundgebung, sein traditionelles kurdisches Gewand auszuziehen. Es handelte sich um eine Guerillauniform der PKK, so die Begründung. Die Personalien des Mannes wurden aufgenommen. Jetzt ermittelt das LKA, ob es sich bei dem folkloristischen Bauerngewand tatsächlich um eine angeblich verbotene Uniform handelt.

Der Präsident der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, Mesoud Barzani, sollte sich bei Staatsbesuchen in Berlin künftig

in Acht nehmen. Es könnte sein, dass ihn die Berliner Polizei entkleidet, wenn er das nächste Mal mit Pluderhosen und Turban im Kanzleramt einreitet.

Auch sonst spielte sich die Berliner Polizei als Modeberater auf. Im Auflagenbescheid hieß es, dass pro 50 Demonstrationsteilnehmern nur ein Bild von Abdullah Öcalan gezeigt werden dürfe. Voraussetzung sei, dass Öcalan weder eine militärische Kleidung noch ein blaues Hemd trage und diese Bilder nicht auf Fahnenstoff gedruckt sind.

kurdistan.blogspot.de

Al-Qamischli: Wieder regimekritische Demonstrationen – assyrische Aktivisten festgenommen

Während es bei landesweiten Protesten am 20. Mai 2011 in mehreren syrischen Städten erneut zahlreiche Tote und Verletzte gegeben hat, verliefen Demonstrationen in al-Qamischli, 'Amuda, Darbasiya, Ra's al-'Ain (Serê Kaniyê), 'Afrin und 'Ain al-'Arab (Kobani) weitgehend friedlich. Insgesamt gingen in den kurdischen Gebieten mehr als zwanzigtausend Menschen auf die Straßen. Slogans in al-Qamischli waren auf Ara-

bisch, Kurdisch und Aramäisch formuliert, um so den nationalen Charakter der Proteste zu betonen. Denselben Zweck verfolgte das Motto, unter dem die landesweiten Proteste am 20. Mai standen. Dieses lautete »Freitag der Freiheit«, wobei der arabische Begriff für Freiheit durch den kurdischen, »Azadî«, ersetzt worden war.

Nach der Demonstration wurden dreizehn Führungsmitglieder der christlichen Assyrischen

Demokratischen Organisation (ADO) von der Kriminalpolizei in al-Qamischli festgenommen. Am selben Tag wurde das Büro der ADO durchsucht, Computer und andere Unterlagen wurden beschlagnahmt. Am 21. Mai folgte die Beschlagnahme der Autos der Betroffenen. Die Regierung reagierte hiermit auf die offene Solidarität zwischen Kurden und Assyriern.

KURDWATCH, 26.5. ISKU

der Region, die Lösung der kurdischen Frage, und die Organisation einer nationalen Konferenz. ANF, 25.5., ISKU

Bewaffneter Angriff auf unabhängigen Kandidaten

Ahmety Alpan, der der AKP angehört, hat den Wagen des unabhängigen Kandidaten von Şirnex (Şirnak) des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, Faysal Sariyildiz, mit einer Waffe angegriffen. Nach aktuellen Informationen wurde niemand verletzt.

Der Bus des Kandidaten Faysal Sariyildiz war auf dem Weg zu dem Dorf Ferisî bei Şirnex. Die Dorfbewohner begrüßten den Bus als plötzlich der AKPLer Alpan auf den Bus schoss. In der Folge wurde bekannt, dass der Wali und der Kandidat der AKP von Şirnex, bei Alpan zum Essen waren. Der Angriff soll nach diesem Essen stattgefunden haben.

ANF, 25.5., ISKU

Operationen dauern an

Am 22., 23. und 25.5. wurden die Mederverteidigungsgebiete von der türkischen Armee durch Mörser und Granaten bombardiert.

Am 16.5. hat die türkische Armee in Colemêrg bei Şemzinan und Gever eine Operation begonnen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Guerilla, wobei zwei Soldaten ums Leben kamen, vier wurden verletzt. Am 21.5. fand in Colemêrg (Hakkari) in der Gegend von Kusan bei Şemzinan eine Militäroperation unter der Beteiligung von Spezialkräften statt, die noch andauert.

Am 19. 5. fand in Dersim eine Militäroperation statt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Guerilla. Dabei kamen zwei Soldaten ums Leben, einer wurde verletzt. Nach den Auseinandersetzungen weitete die türkische Armee die Operationen aus. Die Operation der Armee dauert in Form von Hinterhalten und Aufklärung an.

hpg-online, ANF 23./26.5., ISKU

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
DIHA Dicle
Nachrichtenagentur
jW junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der Informationsstelle Kurdistan
**Stahthwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org**
bestellt werden.
Senden auf unser Konto:
**Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org